

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 15

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

à propos Mensch

Das Vaterhaus, Geborgenheit. «... weisser Flieder längs des Staketenzauns, eine Hütte oder ein Häuschen am Teich! Ihr ‚Vaterhaus‘ ist passé...» — so höhnte ein junger Sowjetmensch. Leonid Efros sinniert in seiner «Étude» («Literaturnaja gaseta» Nr. 27/1975):

«Das Vaterhaus in der erhabenen besten Variante ist für die meisten ein wohlthuender und hochethischer Begriff geworden. Vielen Menschen hat das Vaterhaus wie ein gemütlicher, warmer Lichtschimmer ihr ganzes Leben erhellt. Aber vielleicht ist in unserem rationalen Jahrhundert das patriarchalische ‚Vaterhaus‘ tatsächlich verschwunden und passé...?»

Die zwei Skizzen von zeitgenössischen sowjetischen «Vaterhäusern» lassen einen fragen, was das mit «rational» zu tun habe.

«Der Vater: leitender Ingenieur in einem Projektinstitut. Die Mutter: Abteilungsleiterin in einer Poliklinik. 16jährige Tochter und 12jähriger Sohn. Die Eltern des Vaters und die Grossmutter mütterlicherseits wohnen getrennt. Man trifft sich selten, hauptsächlich an Festtagen, und im Sommer schickt man die Kinder zu jemandem von den ‚Vorfahren‘ in die Ferien. Ein Verlangen nach geistigem Kontakt mit den ‚Opas-Omas‘ empfindet niemand, bei den Begegnungen plaudert man vorwiegend über Themen wie: was man gekauft hat, was man gesehen hat, was bei den Bekannten passiert ist. Immerhin kommt bei Krankheit jemand von den Familiengliedern zu Hilfe.

Die Kontakte der Eltern zu ihren Kindern sind nicht viel reichhaltiger. Der Vater hat nebst der eigentlichen Arbeit einen Haufen gesellschaftliche Pflichten, plus eine Leidenschaft für Préférence, plus eine Menge Freunde...»

Die Mutter als berufstätige Hausfrau — klar, dass ihr keine Musse bleibt. Die Kinder haben auch je ihre Interessen — und Kollektive.

«Von aussen sieht die Familie durchaus geordnet aus, keine Skandale, alle arbeiten und lernen, nur...»

Ein Durchschnittsabend belegt, dass dieses «Vaterhaus» für alle vier, die wie zufällig zur Familie gehören, keine Geborgenheit bietet.

Ob die zweite Familie besser sei oder schlechter? Ingenieur in grossem Werk, nimmt noch Arbeit nach Hause mit, Hobbies: Kutter, Photographie (Badezimmer!). Verlagsredakteurin, scharenweise «geniale Autoren» zu Besuch, näht. 14jähriger Sohn, schlechte Zensuren, einziges Interesse: historische Uniformen.

«In diesem Haus kommt es zu Disputen und Streit, Vaters Autorität ist keineswegs unumstritten, auch Mutter ist oft Zielscheibe von Ironie. Efros schliesst: Was würden sich diese beiden Familien sagen, wenn man sie konfrontierte?

Ergiebiger wäre wohl ihre Konfrontation mit dem Gleichnis vom Verlorenen Sohn. Ist ja auch nicht irrational.

HTD

«Unfreiheit ist Notwendigkeit! Dies ist die fast mit exhibitionistischer Lust zur Schau gestellte Praxis geworden. So zieht man in Berlin mit den befreundeten Staats- und Parteimännern voller Stolz zum Brandenburger Tor und zeigt ihnen die Mauer, den ‚antifaschistischen Schutzwall‘. Und selbst ein Fidel Castro sagt nichts, schmunzelt nur in seinen Bart hinein und denkt wahrscheinlich darüber nach, wie gut es ist, auf einer Insel zu wohnen. Rentner dürfen reisen — nach jenseits der Mauer. Sie arbeiten nicht mehr und kosten nur Geld. Ein paar Mark West als Handgeld gibt man ihnen mit auf die Reise. Sie sind darauf angewiesen, sich von Verwandten und Freunden im Westen das nötige Geld schenken zu lassen. Aber Millionen, die jetzt aus dem Westen in die DDR kommen, müssen hohe Tagessätze 1:1 umtauschen. Eigentlich müssten die DDR-Rentner das Geld bekommen...»

Aber wer das sagt, öffentlich, bekommt einen Prozess wegen Staatsverleumdung und wird für einige Jahre eingesperrt. Das

Misstrauen zwischen dem Staat und seinen Bürgern ist abgrundtief, von beiden Seiten. Und es ist begründet. Bei den sogenannten Wahlen stimmen über 99 Prozent für die Einheitsliste. Gegenkandidaten gibt es nicht. Wenn der Staat seinen Bürgern dieses Vertrauensbekenntnis glau-

Zitiert...

ben würde, könnte er die Mauer abreißen lassen. Aber der Staat weiss, dass die 99 Prozent nur zustande kommen, weil die Bürger ihrem Staat eben nicht trauen. Darum bleibt die Mauer und wird sogar immer weiter perfektioniert...»

Prof. Robert Havemann,
marxistischer «Dissident» in der
DDR.
«Der Spiegel», Hamburg, Nr. 22/
1975.

FACETTEN zum Alltag drüben

Die Zahl der politischen Gefangenen in der DDR beläuft sich gegenwärtig auf rund 7000. Sie hat damit den Stand vor der «grossen Amnestie» vom Oktober 1972 (anlässlich des 23. Gründungstages der DDR) wieder erreicht.

Die weitaus grösste Zahl der «Politischen» in der DDR sitzt wegen «Republikflucht» in den Haftanstalten, schätzungsweise 4000 (nach Ermittlungen der «Arbeitsgemeinschaft 13. August» in Westberlin). Diese hohe Zahl ist nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft darauf zurückzuführen, dass der Fluchtwille in Teilen der Bevölkerung anhält, die Kontrolle der Bürger aber intensiviert worden ist. Dadurch werden häufig Fluchtvorbereitungen bereits von den Behörden erkannt. Bemerkenswert ist eine Zunahme von Fluchtversuchen bei Frauen.

Ein Teil der 1972 amnestierten Häftlingen sitzt jetzt wieder in den Gefängnissen der DDR, weil sie nach ihrer Haftentlassung erneut Fluchtversuche unternommen oder die polizeilichen Auflagen (regelmässige Meldepflicht) nicht genau eingehalten haben. Sie müssen ihre Strafe jetzt voll verbüssen.

Bemerkenswert ist, dass in der DDR die 7000 politischen Gefangenen auf 17 Millionen Einwohner kommen. Chile mit 10 Millionen Einwohnern nach Angaben von Amnesty International 3000 und Spanien mit 30 Millionen Einwohnern 500. Proteste gegen die Inhaftierung von «Politischen» in der DDR gibt es im Westen von keiner Seite.

*

Man soll die Einnahmemöglichkeiten der osteuropäischen Lohnempfänger nicht zu schwarz

malen. Aus ihrem offiziellen Angestelltenverhältnis verdienen sie zwar nur einen Bruchteil ihrer westeuropäischen werktätigen Kollegen. Aber manchmal kommt es darauf tatsächlich nicht so sehr an. Nein, nicht wegen der vermeintlich so viel grösseren Sozialleistungen im Osten — in dieser Hinsicht hat der Westen schon längst aufgeholt. Sondern vielmehr wegen der privaten Einkünfte. Denn vielerorts ist der Nebenverdienst zur Hauptsache geworden. Sogar in der disziplinierten DDR. Diese Tatsache wird dort durchaus gesehen. Und schon so weit anerkannt, dass man die «Schwarzarbeit» von früher heute bereits viel freundlicher «Feierabendarbeit» nennt. Und dass man sie organisatorisch erfassen und somit institutionalisieren will.

Kritik an den Ausmassen, die die Tätigkeit sogenannter Feierabendmaler in der DDR annimmt, hat die Dresdner Bezirkshandwerkskammer geübt. Auf einer Arbeitsberatung des Fachbereichs Maler der Kammer wurde laut der Zeitung «Die Union» festgestellt, dass die angespannte Kapazitätssituation in den offiziellen Malerbetrieben immer mehr Bürger zwingt, «Feierabendmaler» anzuheuern. Diese Lage führe zu beträchtlichen Konflikten: Mängel in der Qualität und Preisüberhöhungen um das Vier- bis Fünffache gegenüber den Preisen der Malerbetriebe seien an der Tagesordnung, weil es vielen nebenberuflichen Malern weniger auf die Qualität ihrer Arbeit, aber um so mehr auf die Quantität ihrer Entlohnung ankomme. Hinzu kämen auch weiterreichende negative volkswirtschaftliche Auswirkungen. Angeregt durch anormal hohe Einnahmemöglichkeiten, konzentriere sich eine Reihe Feierabendarbeiter «nicht auf die Erfüllung ihrer Anforderungen aus dem Arbeitsrechtsverhältnis, sondern auf die ‚Nebenverdienste‘, die längst zu Haupteinnahmen geworden sind».

Auf der Arbeitsberatung wurde deshalb gefordert, die Feierabendarbeit in die richtige Bahn zu lenken und zu diesem Zweck einen speziellen Norm- und Preiskatalog ähnlich dem für die offiziellen Malerbetriebe zusammenzustellen. ■

Zusammenhänge

Die Ueberparteilichen

Weil Portugal ohnehin nicht von der Regierung regiert wurde, bedeutet der Auszug der demokratischen Parteien aus dem Kabinett und dessen Auflösung durch die Junta keine Aenderung der bestehenden Macht, sondern nur noch eine Registrierung der Ohnmacht, zu der die Wählermehrheit verurteilt ist, welche sich die Befreiung von der alten Diktatur nicht als Einführung einer neuen und schlimmeren Diktatur vorgestellt hatte.

Die Zäsur ist also optischer und nicht faktischer Art. Aber sie sollte jetzt wenigstens Anlass werden, in Westeuropa mit der Fiktion aufzuräumen, die der FMA-Junta geradezu eine Protektionsrolle für den Pluralismus unterstellte und sie womöglich in einen Gegensatz zur KP brachte, deren deklariertes Einstehen für eine Parteidiktatur nach sowjetischen und stalinistischen Mustern mit einiger Verspätung doch noch halbwegs zur Kenntnis genommen worden war. In Wirklichkeit hat die Militärführung bis auf einige Lippenbekenntnisse, die erst noch die dialektische Interpretation keineswegs verheimlichten, nichts dazu beigetragen, was ihr freundlicheres Image hätte rechtfertigen können. Im Gegenteil. Alles, was sie *getan* hat, war es, den Pluralismus durchaus aktiv zu zerschlagen, und dass sie es mit einem überparteilichen Gehaben tat, hat an der Sache schon gar nichts geändert.

Die Vorarbeit hatten die heutigen Machthaber im Revolutionsrat schon letztes Jahr höchst zielbewusst und systematisch geleistet, als sie nacheinander aus der Bewegung der Streitkräfte alle Elemente herausäuberten, welche die «Demo-

kratisierung» nicht im Sinne der kommunistischen Vorstellungen verstanden. Die erste kommunistische Machtergreifung fand eben innerhalb der MFA statt, und es ist nachgerade ein Witz, immer noch dergleichen zu tun, als bestehe in dieser Institution eine schöne Kontinuität seit dem 25. April 1974. Die Befreier vom alten Faschismus sind durch die Supporter des neuen Superfaschismus abgelöst worden, und jene MFA, die einmal die Hoffnung auf demokratische Verhältnisse bedeutete, besteht schon gar nicht mehr.

Und es war diesen Frühling die solchermassen «gefestigte» MFA, welche die Parteien durch Annahme der erpressten «Plattform» zum Verzicht auf jede politische Befugnisse zwang und aus den ersten freien Wahlen eine blosse Meinungsumfrage mit beschränktem Fächer machte. Es war wiederum die MFA, welche die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung abschaffte, indem sie nicht genehme Medien teils direkt ausschaltete und teils indirekt, indem sie die Aktionen der KP-Frontorganisationen abdeckte. Es war die ganze Zeit über die MFA, welche alle jene «Transformationen» durchführte und machtmässig absicherte, für welche die KP das theoretische Konzept lieferte. Und schliesslich war es nochmals die MFA, die das Rätssystem ausrief, um die Macht in die Hände jenes «Volkes» zu legen, das aus einer kleinen Minderheit der Bevölkerung besteht.

Die anmassende Selbstherrlichkeit, mit der sie das alles tat, hat man ihr weitherum noch tröstlich ausgelegt, als höhere Schiedsgerichtsbarkeit über dem niedrigen «Parteiengzänk», von dem die Junta mit herzhafter Verachtung zu reden pflegte. Ja, die Militärs wollten eben eine portugiesische Revolution eigenen Zuschnitts, sagte man. Sie verboten nicht nur die Christdemokraten, sondern auch die Maoisten, also — welches schöne Gleichgewicht — «die Extremisten von links und rechts» (die auf unterschiedliche Art

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

der Einführung des Sowjetmodells im Wege waren). Und die Militärs standen, sagte man, sozusagen gleichermassen über Cunhal und Soares. Mit dem kleinen Unterschied, dass sie das Programm von Cunhal verwirklichten (vielleicht manchmal mit kleinen Abweichungen von «seinem» Weg) und das Programm von Soares verunmöglichten. In der Tat brauchte die portugiesische KP nicht so übermässig traurig zu sein, «zusammen mit den andern Parteien» in ihren Kompetenzen von einer Institution «beschnitten» zu werden, welche das KP-eigene Programm realisiert. Man kann die kommunistische Diktatur in ziviler und militärischer Gestalt haben, und die genaue Arbeitsteilung ist eine Detailfrage und kein Unterschied der grundsätzlichen Option.

In Portugal selbst hatten die demokratischen Koalitionspartner (oder was davon übriggeblieben war) lange Zeit dergleichen getan, als glaubten sie an die «überparteilichen» Garantien der MFA. So hatte Soares noch diesen Frühling auf seiner Italienreise sehr grossen Wert auf die Unterscheidung zwischen den demokratisch-revolutionären Militärs und der stalinistischen PKP gelegt. Nun, diese Fiktion war bei den Portugiesen aus taktischen Gründen (oder aus Gründen einer vermeintlichen Taktik) zu verstehen gewesen. Man wollte sich die Chancen nicht verbauen, vielleicht doch noch mitreden zu dürfen, wenn es um den «Ausbau» der Demokratie ginge. Freilich hätte die einzige Chance im rechtzeitigen Zusammenschluss der demokratischen Kräfte zum Widerstand gegen die totalitären Feinde der Diktatur bestanden, aber den Fehler des Partnerspiels, den man so lange gegenüber der KPK begangen hatte, wurde nun auf die MFA übertragen. Und es ist begreiflich, dass sich die Portugiesen an die Hoffnung des «Unterschieds» und der «überparteilichen revolutionären Instanz» klammerten — vermutlich wider besseres Wissen. Unterdessen hat sich in den portugiesischen Demonstrationen der Sozialisten gezeigt, dass die wirkliche Rolle der MFA nicht nur erkannt, sondern auch gebrandmarkt wird. Leider zu spät, um etwas anderes auszudrücken als protestierende Ohnmacht.

Kommt dieser Lernprozess immer zu spät? Das ist heute die Frage für Westeuropa. *cb*



Die Faust zu spät auch gegen die KP und die MFA erhoben: Mario Soares und sozialistische Demonstranten.

Errettung der Demokratie

Als Indira Gandhi noch den Ausnahmezustand verkündete, der unterdessen zielbewusst zum Normalzustand etablierter Diktatur vervollkommen wird, hatte sie dafür eine gute Begründung anzubieten. Sie sagte, eine Regierung, die diesen Namen verdiene, könne nicht untätig bleiben, «wenn im Namen der Demokratie versucht wird, die Demokratie zu zerstören».

Nein, ich meine die «gute Begründung» nicht unbedingt ironisch. Jedenfalls nicht zum Vorneherein und nicht in ihrer inhaltlichen Aussage an sich. Der Satz, dass eine Regierung die Demontage der Demokratie durch ihre Feinde nicht untätig hinnehmen sollte, hat sogar, finde ich, seine Richtigkeit, auch wenn er natürlich so wenig wie andere Maximen gegen missbräuchliche Verwendung geeignet ist.

Im übrigen ist Indira Gandhis Begründung bei uns ja nicht unbekannt. Sie ist sogar «sattsam bekannt», berichtigt. Als Argument der staatsertreuenden und somit reaktionären Kräfte, denn das Wort «staatsertreuend» erweckt in unserer Öffentlichkeit bereits ausschliesslich negative Assoziationen, wie es denn auch nicht zum Vokabular der Selbstdarstellung gehört, sondern zum Vokabular der Feinddarstellung.

Der Satz der Indira Gandhi ist in unserer progressiven Bewusstseinsbildung schon längst vorgewertet, d. h. abgewertet. Ja, wäre jetzt die progressive Premierministerin am Ende gar den sattsam bekannten reaktionärsten Kreisen gleichzusetzen?

Nein, doch nicht ganz. Man wird den Unterschied gewahr, wenn man sich die Massnahmen vor Augen führt, für welche die zitierte Begründung in Indien herhalten musste. Und man stelle sich die mögliche, d. h. unmögliche Uebertragung auf unsere Länder vor. Als Ausgangspunkt können wir eine ungefähre Parallele nehmen: Das Gerichtsverfahren, in das Indira Gandhi wegen Amtsmissbrauch bei den Wahlen verwickelt war, einerseits. Und das Impeachment-Verfahren, das Nixon wegen der Watergate-Affäre drohte, andererseits. Und jetzt male man sich aus, dass Nixon zur Rettung der Demokratie vor ihren Feinden nicht nur seine Ankläger, sondern die oppositionellen Meckerer überhaupt hätte einsperren lassen. Dass er die Zensur eingeführt



Die Schlangenspiele von Indira Gandhi. («Pobjeda», Titograd, 26. 6. 1975)

hätte, nebenbei auch für die ausländischen Berichterstatter. Dass er die Polizei zu Verhaftungen nach ihrem Ermessen ermächtigt (und veranlasst) hätte. Dass er unpassende Versammlungen verboten und trotzdem stattfindende Demonstrationen mit Waffengewalt «besiegt» hätte.

Eben, das ist undenkbar. Und deshalb braucht man das Demokratieverhalten Nixons und Indira Gandhis auch nicht mit gleicher Elle zu messen. Nixon hat sich für seine hilflosen Vertuschungsbemühungen die einhellige Entrüstung des Westens zugezogen. Indira Gandhi hat mit ihrer Demokratierettung à la — sagen wir einmal — à la Pinochet im Quadrat — gewisse Reaktionen des Bedauerns ausgelöst, vorgebracht natürlich mit dem nötigen Verständnis für die Verhältnisse, die . . . usw. Das gilt teilweise sogar für die *bourgeoise* Öffentlichkeit. Die nicht *bourgeoise* bekundet Verständnis ohne Bedauern, und die *antibourgeoise* klatscht ebenso Beifall wie das Sowjetlager. Und von Faschismus ist natürlich nicht die Rede (ausser bei den Chinesen).

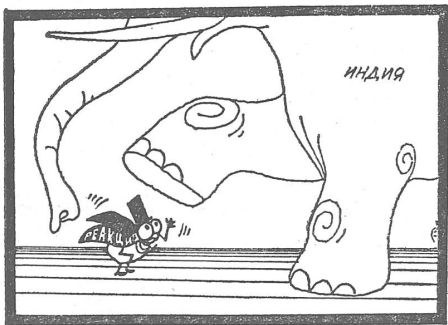
Also, kehren wir lieber zur Anprangerung der staatsertreuenden Kräfte bei uns zurück. Sie gehören, wie sich das für Reaktionäre ziemt, tatsächlich einer andern Kategorie an. Wenn sie sagen, dass man der Zerstörung der Demokratie nicht untätig zusehen sollte, so meinen sie in ihrer Verworfenheit ganz andere Dinge: Dass zum Beispiel die Amtsansprüche von Feinden der Demokratie eine Grenze haben sollten. Oder dass es im Rahmen einer Vereinigung mit Zwangsgliedschaft den Feinden der Demokratie so wenig wie sonst jemandem zusteht, im Namen der ganzen Körperschaft zu sprechen. Oder dass man Rechtswidrigkeiten auch bei Leuten ahnden sollte, die unser Rechtssystem falsch finden. Solche völlig inakzeptable Dinge also. Und die von jenen am stärksten als inakzeptabel empfunden werden, welche die indische Begründung durchaus akzeptabel finden. cb

Der Nutzen

Der Krenml, so habe ich gelesen, habe die neuen Verhältnisse in Indien nicht gewünscht. Es lasse sich sogar nachweislich feststellen, dass er von der Entwicklung und von der Verkündung des diktatorischen Ausnahmezustandes völlig überrascht worden sei.

Ich staune zwar ob solcher Nachweislichkeiten immer, aber ich will sie gelten lassen. Schön: Moskau hat also die Sache weder vorausgesehen noch gar geplant. Möglich und sogar plausibel. Nur: Das ändert nichts, aber auch gar nichts daran, dass die Sowjets davon profitieren. Der Beifall, den sie dem «Schlag gegen die Reaktion» spenden, die Tatsache, dass die Kommunisten prosovjeterischer Observanz von der polizeilichen Verfolgung ausgenommen sind, die sonst nicht einmal vor unbequemen Warnern in der Kongresspartei selbst haltmacht, das alles sind nur Indizien, welche die Logik der Entwicklung bestätigen. Die indische Führung war zwar ohnehin schon auf die Sowjetunion und ihre Politik ausgerichtet, aber von nun an kann dazu kein Widerspruch mehr laut werden. Die Einführung der Diktaturbeseitigt — und wäre es nebenbei — auch jede Anfechtung der sowjetischen Domination, die damit zusätzlich abgesichert ist.

Die sowjetischen Privilegien in Indien sind mit der Zeit so ausgebaut worden, dass z. B. UdSSR-Vertreter an vertraulichen Sitzungen der engsten Führung der Kongresspartei teilnahmen («Hindustan Times», 10. 3. 1975). Und die sowjetischen Vorrechte wurden politisch, ökonomisch und kulturell so manifest, dass die Opposition darüber zu sprechen begann. Und das hat man ihr jetzt ebensogut abgestellt wie jede andere Aeusserung auch. Mit seinem Ausnahmezustand hat sich Indien dem Normalzustand seines Partners angenähert. cb



Der indische Elefant zertritt die Schmeissfliege der Reaktion. («Narodna armija», Sofia, 8. 7. 1975)